

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 25 Pfg. Durch Abnehmer 1,50 Mk. für die Woche, 6,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 6,10 Mk. für den Monat.
Verlag: Sozialistischer Verlag e.G.m.b.H. Breslau, Glinka-Str. 28/29.
Telefon: 8855. Fernschreib-Anschluß: Ring Nr. 8857.

Dienstag, 27. September 1921

Anzeigenpreis: Die halbspaltige Mittelzeile ober oder unter dem Namen 0,80 Mk., auswärts 0,90 Mk., Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Vereine- und Versammlungsangelegenheiten 0,40 Mk. Reklame: Die Mittelzeile, halbspaltig ober oder unter dem Namen im Text 2.— Mk.

An die deutsche Arbeiterschaft!

Die Schüsse, die Erzberger traf, haben blitzschnell dem deutschen Proletariat die ungeheure Gefahr gezeigt, die von der Reaktion drohte. In gewaltigen Demonstrationen hat es seinen Willen bewiesen, den Kampf mit seinen Feinden aufzunehmen. Trotz aller kleinlichen Sabotage einzelner Parteiführer stand die Arbeiterschaft in Stadt und Land ohne Unterschied der Parteirichtung zusammen.

Geschlossene Kampfesfront gegen die Bourgeoisie, das war die Lösung, unter der die Arbeiterschaft sich zu einigen begann. Nie war das Proletariat so stark, wie in diesen Tagen gemeinsamer Kampfbereitschaft. Aber der Kampf hat erst begonnen.

Die Reaktion, die so hoch ihr Haupt erhob, ist ungebrochen. In Bayern ist Raab zurückgetreten, aber das Raab-System ist geblieben. Die Verordnung des Reichspräsidenten, die angeblich die Reaktionäre bändigen sollte, wird gegen die revolutionären Arbeiter angewandt. Arbeiter, die monarchistische Demonstrationen verhindern, werden wegen Landfriedensbruch bestraft. Und warum?

Weil der ganze Staatsapparat (Polizei, Justiz usw.) von reaktionären Elementen durchsetzt ist. Hinzu kommt, daß eine Welle unerhörter Teuerung durch das Land geht, Milliardenlasten sollen der Arbeiterschaft auferlegt werden. Das werktätige Volk soll gezwungen werden, alle Lasten des Krieges auf seine Schultern zu nehmen.

Der Achtstundentag, das Streik- und Koalitionsrecht sind in Gefahr! Nur geschlossene und politische Arbeiterschaft kann verhindern, daß die Bourgeoisie die Arbeiter und Angestellten wirtschaftlich und politisch niedermischt. In diesem Augenblick verfehlt der Beschluß des Sozialdemokratischen Parteitag in Gurlitz der sich bildenden Kampfesfront der Arbeiterschaft einen schweren Schlag.

Die Sozialdemokratie erklärt sich bereit, mit der Stinnespartei gemeinsam eine Regierung zu bilden. Die Ritter der Schwerindustrie triumphieren. Sie werden die Bedingungen der Sozialdemokratie auf dem Papier annehmen und dafür dem arbeitenden Volk ihre realen Bedingungen diktieren. Ungebrochen wird die Reaktion in der Verwaltung, in der Justiz, in der Reichswehr haften wie bisher. Breite Massen der sozialdemokratischen Arbeiter sind empört über diesen Beschluß ihrer Führer. Dabei sind selbst Führer der Unabhängigen Partei nicht grundsätzlich gegen die Koalition mit den bürgerlichen Parteien. Was ist zu tun?

Der einmütige Wille der Arbeiterschaft muß die Durchführung der Koalition verhindern. Das Proletariat darf nicht ruhen, bis es seine Forderungen durchgesetzt hat. Aber nicht nur das nationale Kapital rüstet zum Angriff. Drohend erhebt das internationale Kapital die bewaffnete Faust gegen Sowjetrußland.

Die Hungerkatastrophe soll ausgenutzt werden, um das Herz der proletarischen Revolution zu durchstoßen. Selbst die Amsterdamer Internationale ruft die Arbeiter aller Länder auf, diese Pläne zunächst zu machen, die eine schwere Gefahr für das internationale Proletariat bedeuten. In dieser Stunde kann es nur einen Ruf geben:

Arbeiter und Arbeiterinnen, Beamte und Angestellte!

Bildet die geschlossene Kampfesfront gegen die Reaktion und gegen das Bürgertum!

Schließt die Reihen zum Kampfe gegen Hunger und Elend, gegen die neuen Milliardenlasten!

Unüberwindlich ist die Arbeiterklasse, die geschlossen zu kämpfen bereit ist!

Die Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Dritten Internationale.)

Moloch Kapitalismus.

Die Explosionstafelstrophe Oppau.

Aus Ludwigshafen wird der „Roten Fahne“ geschrieben: Ludwigshafen, 22. September 1921.

Kein menschliches Gehirn kann sich die Größe der Katastrophe vorstellen. Mörderisch wie der Krieg, hat die Explosion der 8000 Zentner Ammoniumsulfatpeter und der Tausende von Kubikmetern Wasserstoffgas und Stickstoff gewirkt.

Ludwigshafen, Mannheim, Frankenthal, Worms, Mainz, Heibelberg haben nur noch wenig ganze Scheiben und Fenster. Samt den Rahmen wurden sie aus der Mauerfüllung gerissen.

Das Werk Oppau ist ein Trümmerhaufen. Die riesigen Bauten und Silos sind zum Teil vom Erdboden weggesegt.

zum Teil zusammengeknüllt wie ein Kartenhaus. Schwere Eisenblöcke, Eisenstangen, Betonblöcke sind kilometerweit geschleudert worden. Eisenbahzüge wurden umgeworfen. Riesige Ramine sind eingestürzt. Unter den Trümmern liegen tote und Verwundete. Die Hilfsaktion an der Unglücksstelle wird erschwert, weil

die großen Säuretürme eingestürzt

sind und der Inhalt (Salpetersäure) unter die Trümmer läuft, das ganze Werk in giftige Gase einhüllend. Viele von den Toten und Verwundeten werden so buchstäblich von der Säure aufgetrieben. — Hunderte von Autos trafen sofort mit Ärzten und Hilfspersonal und Hilfsmitteln von den benachbarten Städten an der Unglücksstelle ein. Gelbeschwarzes Leuchten die Arbeiterjamasiter. An Toten sind bis jetzt ungefähr 300 gezählt. Tausende sind schwer- und leichtverletzt. Ludwigshafen gleicht einer großen Verbrennungsstation und Totenhalle.

Mit Trauer steht man vor den Trümmern von Oppau. In wenigen Sekunden ist aus diesem rasch aufblühenden Ort ein Trümmerhaufen geworden. Tausende sind völlig obdachlos geworden. Hab und Gut, alles haben diese Armen verloren. Ein grauenvoller Anblick. Mit Haken und Spaten wird eifrig gearbeitet, die Verschütteten auszugraben. Eltern suchen ihre Kinder, Kinder rufen nach ihren Eltern. Erschütternde Szenen spielen sich ab. Viele erkennen ihre toten Angehörigen. Viele sind bis zur Unkenntlichkeit zerrissen und zerstückt. Man kann oft nur noch eine breite Rinne bergen. Eine Frau wurde auf dem Felde vor einem Betonblock buchstäblich zermalmt.

Es fehlte im ersten Augenblick an allem. Es mangelte an Verbandstoffen. Tragbahnen mußten erst rasch zusammengestellt werden. Wenn von der Umgebung nicht sofort mit

allen Hilfsmitteln eingegriffen worden wäre, hätte sich das Unglück noch vergrößert. Unkenntlich muß auch die schnelle, ausgiebige Hilfe der Besatzungsbehörde werden.

Eine geradezu verbrecherrische Nachlässigkeit der Herren vom Amalinduzern bedeutet das Fehlen eines eigenen Krankenhauses. Oppau war

von jeder der Herd kleinerer oder größerer Explosionen.

Die Zahl der Opfer, die auf dem Schlachtfeld der Arbeit blieben, war immer groß. Die Fabrikambulanz war schon in normalen Zeiten vollkommen unzulänglich. Es sind nur ein großes Sprechzimmer, Verbandszimmer und mehrere technische Räume vorhanden. Ueber die Forderungen der 25000 Mann starken Belegschaft ging die Direktion, die Seidels und Konforten, immer mit einem Achselzucken hinweg. Dafür schossen riesige Fabrikationsgebäude wie Pilze aus dem Boden.

So jauch das Unglück alles unvorbereitet. Denn auch im städtischen Krankenhaus herrschen in bezug auf Unterbringung geradezu schreiende Zustände. Im Krankenhaus liegen die Kranken wie in einem Heringsfass eingepökelt. Schulen müssen als Lazarette eingerichtet werden.

Die Direktion gibt bekannt, daß die Explosion in dem Silo, wo 8000 Zentner Ammoniumsulfatpeter lagerten, entstanden sei. Inwiefern das der Fall ist, kann wohl niemand nachprüfen, weil die meisten Zeugen tot, und das Werk selbst ein Trümmerhaufen ist. Die Arbeiterschaft ist allerdings anderer Meinung wie die Direktion. Wir wissen, daß durch das im Herbst eingeführte Akkorde-System und der damit verbundenen Antreibung und Ausbeutung der Arbeiter nicht mehr die reelle Arbeit geleistet werden konnte wie früher. Es gab bald mehr Antreiber wie Arbeiter. Die Arbeiter sahen kommen, was gekommen ist.

Die Nebenarbeit der Arbeiter war:

Wenn bei dieser, durch die gewissenlose Antreibung geleisteten Pflichtenarbeit nicht eines schönen Tages ganz Oppau in die Luft fliegt, soll's uns wundern.

Der Raubbau an den Arbeitern war der Anfang, die Nierenkatastrophe das Ende. Die Anruhe unter den Arbeitern war vor einem Jahr, infolge einer Explosion, die Opfer forderte, so groß, daß sie verlangten, die Verurteilung, das Verhängnis bis auf 1000 Atmosphären zu bringen, außerhalb des Wertes zu machen. Das geschah nicht. Die Verurteilung gingen weiter, das Unglück ist heute da. Die Forderung, jeden Arbeiter zu versichern, fand kein Gehör, da angeblich sich keine Versicherung dazu bereitklärte. Heute sind Tausende von Arbeitern und Frauen ihres Ernährers beraubt, und gehen bei der anerkannten Wohlständigkeit des Bürgertums einem Leben voll Jammer und Elend entgegen. Ein Arbeiter aus der Badischen Anilin- und Sodafabrik.

Der Aufmarsch gegen Sowjetrußland.

Trotzdem die Kriegspläne Frankreichs und Polens gegen Sowjetrußland bedrohlich genug sind, schweigt die gesamte deutsche Presse über die Kriegsabsichten. Selbst in der Arbeiterpresse finden die Nachrichten über die Vorgänge nicht die genügende Beachtung. Bei der bürgerlichen Presse ist das nicht weiter verwunderlich. Die Vorgänge im Sommer vergangenen Jahres beim russisch-polnischen Krieg haben deutlich genug gezeigt, daß die Arbeiterschaft aller Länder begriffen hat, was ein Sturz der Sowjetregierung für die Arbeiterschaft bedeuten würde. Nicht nur die Kommunisten, sondern die Arbeiter aller Parteirichtungen, erhoben ihre warnende Stimme, um ein Eingreifen weiterer europäischer Mächte in den Krieg Polens gegen Sowjetrußland zu verhindern. Die englische Arbeiterschaft, die noch ganz unter dem Einfluß ihrer alten Gewerkschafts- und Parteiführer stand, warnten dringlich: Hände weg von Sowjetrußland. In Frankreich, in Deutschland, in ganz Mitteleuropa achteten die Arbeiter auf Munitions- und Waffentransporte, und ihre Aufmerksamkeit allein erschwerte bereits die Versorgung Polens mit Waffen gegen Sowjetrußland.

Die Bourgeoisie hat aus jenem Sommer gelernt. Diesmal schweigt ihre Presse alle Nachrichten über die Rüstungen Polens und Rumaniens tot. Und trotzdem ist die Gefahr diesmal für Sowjetrußland noch ernstlicher. Neben Frankreich, das seine Renten aus den zaristischen Anleihen zu gewinnen hofft; neben Polen, das einen Ausweg aus seiner eigenen zerrütteten Lage durch ein neues Abenteuer sucht; neben Rumänien, das seine Banden gegen Sowjetrußland hegt; neben Serbien, das ebenfalls zum Einfall gerüstet steht — scheint auch England bereit zu sein, den Kampf gegen Sowjetrußland zu unterstützen. Durch eine dröhnende Note an Sowjetrußland hat England dieser Parteinahme gegen Rußland sich angeschlossen, und weithin nicht die Arbeiterschaft in England wiederum mit aller Kraft sich den Interventionsgelüsten der Großbourgeoisie Englands entgegenzusetzen, wird auch England seine Scheinneutralität völlig aufgeben.

Und wie sieht es in Deutschland? Die deutsche Oberregierung hat unter der Maske der Neutralität schon wiederholt reaktionären und monarchistischen Soldnerhaufen Seltsames gegeben, Sowjetrußland in die Klauen zu fallen. Auch jetzt wird es sicher nicht verfehlen, seine Neutralität zu beteuern. Aber wer bürgt dafür, daß die Freikorps, die Baltikum- und Kobachleute unter Duldung der Regierung nicht nach Osten abmarschieren? Die Regierung sieht es vielleicht gern, daß den Abenteurern und Soldnern ein neues Wirkungsfeld winkt, weil die Regierung nicht die Kraft und den Willen hat, diese konterrevolutionären Trupps im eigenen Lande aufzulösen und unschädlich zu machen.

Aus den Nachrichten, die wir veröffentlichten, geht zur Genüge hervor, daß die Verflechtung zwischen den monarchistischen Reaktionären in Deutschland und den zaristischen Konterrevolutionären Rußlands nur noch enger geworden ist. General Lubendorff hat in einem Gespräch mit den Journalisten des sonst als französischem Doppelt verrückten Pariser „Matin“ seinen schon im Winter ausgearbeiteten Lieblingsplan der Niederwerfung Sowjetrußlands von neuem entwickelt. Im Winter hohnte selbst ein Teil der bürgerlichen Presse über diese Abwehrungsversuche des Entente-Fressers. Heute zitiert man die Worte Lubendorffs zustimmend. Die deutsche Reaktion, die den Kampf gegen die deutsche Arbeiterschaft mit immer größerer Energie führt, kennt die Kraftquelle, die allein aus der Tatsache des Bestehens der russischen Sowjetrepublik fließt. Die deutsche Konterrevolution weiß, daß ihr Sieg wenigstens für den Augenblick ein ganzer sein wird, wenn auch Sowjetrußland gefallen ist.

Die Arbeiterschaft muß umgekehrt die Gefahr erkennen, die ihr aus dem Sturze der Rätemacht in Rußland erwächst. Zwar schweigt selbst die sozialdemokratische Presse über die drohende Kriegsgefahr zwischen dem Basallen der Entente und Sowjetrußland. Die erstrebte Verbindung mit der Stinnespartei und der unbezähmbare Wunsch, in Regierungssesseln zu sitzen, lähmt die SPD-Führer in allen Fragen bei einer wirksamen Vertretung der Arbeiterinteressen. Die Diplomaten der SPD. können doch nicht in internationalen Fragen so auftreten, daß der neue Außenminister aus den Reihen der Deutschen Volkspartei sein kapitalistisches Programm nicht mehr verwirklichen könnte! Der „Vorwärts“, das Zentralorgan der SPD., geht in dieser vorausschauenden Fürsorge für den neuen Außenminister bereits so weit, daß er es nicht einmal wagt, den Aufruf des Amsterdamer Internationalen Gewerkschaftsbundes für die Hilfsaktion und gegen die Interventionen in Rußland abzurufen! Näher als die Amsterdamer Gewerkschaftsführer steht der SPD. das Programm des neuen Kabinets von Stresemann bis Scheidemann.

Die Arbeiter innerhalb der SPD., die jetzt gegen den Beschluß von Gurlitz rebellieren, werden das Gefühl der

11/21

September 27 1921

proletarischen Solidarität mit den revolutionären Arbeitern Rußlands nicht verloren haben. Und auch die Arbeiter der USPD, die sich seit Jahre immer gr6bere und daher wirkungslosere antibolschewistische Agitation gefallen lassen mu6ten, werden in dieser Stunde der Gefahr f6r Sowjetrußland erkennen, w6hin ihre internationalen Klasseninteressen sie treiben. Schon haben einzelne Zeitungen der USPD, trotz des wilstendenden Widerspruchs lokaler Parteif6hrer sich lebhaft f6r Sowjetrußland und gegen eine Ausnutzung der Hungersnot durch die r6uberischen Imperialisten eingesetzt. Wenn die sozialdemokratische Presse jetzt endlich ihren Lesern die nicht mehr zu verschweigenden Dokumente und Tatsachen 6ber die Kriegsgefahr im Osten vorlegen wird, dann werden nicht nur die kommunistisch gewonnenen Arbeiter, sondern alle Proletarier und Werkt6tigen ihrer Pflicht zur Unterst6tzung ihrer russischen Br6der nachkommen.

Die beste Hilfe f6r Sowjetrußland ist der Kampf gegen die Konterrevolution6re im eigenen Lande. Aber dar6ber hinaus werden die Arbeiter zusammenstehen mu6sen, um zu verhindern, da6 das eigene Land in den Krieg hineingezogen oder auch nur irgendwie zum Aufmarsch oder Durchfuhrland imperialistischer Truppen oder S6ldner wird. Die deutsche Arbeitererschaft hat im vergangenen Jahre Erfahrungen in der Durchfuhrung einer wirksamen Kontrolle der Waffen- und Munitionstransporte gemacht. Diese Erfahrungen wird sie nicht ungenutzt lassen.

Mit den Arbeitern aller L6nder zusammen wird die deutsche Arbeitererschaft einen Ring bilden gegen die kriegsl6sternen Bourgeoisie der Welt. Je schneller und kraftvoller die Arbeitererschaft aller L6nder diesen ihren Willen in m6chtigen Kundgebungen zum Ausdruck bringt, um so eher werden die Imperialisten in der letzten Stunde ihre schon begonnenen Kriegsvorbereitungen unterbrechen. Und wie im vergangenen Jahre der Ruf: "H6nde weg von Sowjetrußland!" in England das Einigungsband bildete f6r die ganze englische Arbeitererschaft, so mu6 jetzt der Ruf der Arbeitererschaft der ganzen Welt machtvoll und drohend gegen die internationale Konterrevolution sich erheben: "H6nde weg von Sowjetrußland!"

H6nde weg von Sowjet-Rußland!

Politische Uebersicht.

Vor dem Pakt mit Cerchenfeld.

Die Rahe, Roth, Boehner regieren.

Die "Dona" verbreitet folgende Meldung: In Berliner politischen Kreisen, die als ausgezeichnet unterrichtet gelten mu6sen, besteht die bestimmte Hoffnung, den Konflikt zwischen dem Reich und Bayern in den altern6chsten Tagen in verst6ndlichem Geiste beilegen zu k6nnen. Die maßgebenden Stellen des Reichs betonen erneut ihre aufrichtige Verhandlungsbereitschaft und werden alles tun, um nach besten Kr6ften den Ausgleich zu erleichtern. In Berlin erblickt man in der Person des Grafen Cerchenfeld die beste Gew6hr daf6r, da6 die neue bayerische Regierung, bei aller W6hrung bayerischer Interessen, dem Reiche geben werde, was des Reichs ist.

Das Reich betont Verhandlungsbereitschaft, ... In Berlin erblickt man die beste Gew6hr ...

... aber tut die bayerische Regierung? ... M6nchen wird gemeldet:

Die Minister des neuen Kabinetts haben sich heute von dem zur6cktretenden Ministerpr6sident v. Rahe verabschiedet, der die bisher innegehabte Stelle als Pr6sident der Regierung von Oberbayern auch weiterhin beizubehalten gedenkt. Der zur6ckgetretene Justizminister wird voraussichtlich seine Position als Bezirksamtmann wieder 6bernehmen. W6hrend die Enth6llungen des b6bischen Staatspr6sidenten 6ber das Bestehen der geheimen M6rderorganisation die Anklageung der Rahe und Roth L6gen fra6t, werden diese Herren nicht wegen Beihilfe zum Hochverrat vor Gericht gestellt, sondern von der Cerchenfeld-Regierung in wichtige Verwaltungsfunktionen eingesetzt. Noch herrscht in M6nchen der Polizeipr6sident und Sch6pfer des M6rderregiments Boehner.

In dieser unver6nderten Herrschaft des Regiments der weisen Vanditen erblickt die Reichsregierung "die beste Gew6hr" f6r die Verhandlung.

Die Arbeiter erblicken in dieser Ansicht der Reichsregierung die beste Gew6hr daf6r, da6 sie auf neue an die weissen M6rder versch6uert werden und da6 niemand sie gegen die Rahebanditen sch6tzen wird als ihre eigene Kraft.

Eine konterrevolution6re Geheim-Organisation.

Die M6rder Erzbergers Mitglieder.

In der geistigen Sitzung des b6bischen Landtags machte der Staatspr6sident Mitteilung 6ber die Aufdeckung einer konterrevolution6ren Geheimorganisation. Die Statuten dieser Geheimorganisation lauten:

Die Ziele unserer Partei ergeben sich aus der Lage: A. Geistige Ziele. Weiterf6hrung und Verbreitung des nationalen Gedankens, Bek6mpfung alles Antinationalen und Internationalen, Bek6mpfung des Judentums, der Sozialdemokratie und der linksradikalen Parteien, Bek6mpfung der antinationalen Weimarer Verfassung in Wort und Schrift, Ausklarung weiterer Kreise 6ber diese Verfassung, Unterst6tzung von einer f6r Deutschland allein m6glichsten Verfassung auf f6deralistischer Grundlage.

B. Materielle Ziele. Sammlung von entschlossenen nationalen K6nnern zu dem Zwecke, die vollst6ndige Revolutionisierung Deutschlands zu verhindern, bei gro6en inneren Unruhen deren v6llige Niederwerfung zu erzwingen und durch Einsetzung einer nationalen Regierung die R6ckkehr der heutigen Regierung unm6glich zu machen. Die durch den Verfall der Verfassung angegriffene Einheit und Entwaffnung unm6glich zu machen und dem Volke seine Beherrschung und die Bewaffnung soweit wie m6glich zu erhalten.

Die Organisierung charakterisiert sich in weiteren Bestimmungen wie folgt: Die Organisation ist eine Geheimorganisation. Sie verpflichtet die Mitglieder untereinander, ein Schw6r- und Tr6gh6ndnis zu schlie6en, wodurch jeder Angeh6rige der Organisation der weitestgehenden H6lle aller anderen Mitglieder sicher sein kann. Die Mitglieder verpflichten sich, ein Mitglied zu sein, wenn sie

Not, die Ehre unseres deutschen Vaterlandes und die Erreichung unseres Zieles es erfordern. Jeder verpflichtet sich zu unbedingtem Gehorsam gegen6ber der Leitung der Organisation.

Die Verpflichtungsformel lautet: "Ich versichere ehrenw6rtlich, da6 ich deutscher Abstammung bin. Ich verpflichte mich ehrenw6rtlich durch Handschlag, mich den Satzungen zu unterwerfen und nach ihnen zu handeln. Ich gelobe dem obersten Leiter der Organisation unbedingt Gehorsam zu leisten und 6ber alle Angelegenheiten strenges Stillschweigen zu bewahren."

Die beiden M6rder Erzbergers sind Mitglieder dieser Organisation.

Wird diese Enth6llung ein ebensolcher Luftstreich sein, wie die Enth6llungen 6ber die Beziehungen der Fahrregierung zu den Rappisten?

Die Arbeitererschaft darf durch solche Enth6llungen, die die Wachsamkeit der Regierungen gegen6ber der Gegenrevolution beweisen sollen, ihre eigene Wachsamkeit nicht einschl6fern lassen. Sie mu6 die r6cksichtslosige Bestrafung der gegenrevolution6ren Verschw6rer fordern.

Nicht die SPD. — Sinnes ist es, der Bedingungen stellt.

Strefemanns Ja.

Strefemann, der F6hrer der Deutschen Volkspartei, hielt in Pforzheim eine Rede, in der er den Reichskanzler Birth scharf angriff. Er sagte:

Wohin soll es kommen, wenn Dr. Birth einen Bericht verliest, welcher erstens aus dem Jahre 1920 stammt und der von einem preussischen Beamten hinter dem R6cken der bayerischen Regierung verfa6t wurde. Da6 man in dieser Weise gegen Bayern agitiert, ohne der bayerischen Regierung Gelegenheit zu geben, sich zu 6u6ern, das ist eine Art,

Proletarische Solidarit6t.

M6nchener Freidemter

veranstalteten eine 6ffentliche Versammlung und kn6pften daran eine Sammlung f6r Sowjetrußland, deren Ergebnis im Betrage von 750 M. sic dem Arbeiterkomitee 6berwiesen haben.

SPD., USPD- und KPD-Genossen veranstalteten in Bernsbach eine gemeinsame Sammlung, die 984 Mark einbrachte.

Bergarbeiter f6r Sowjetrußland. Die Belegschaft der Schachtanlage "Rhein I" Wehshofen, Niederrhein, hat zugunsten der Hungernden Sowjetrußlands 585 M. gesammelt.

B6rgrund bei Dittersbach. Am 15. d. M. wurde von unseren Genossen auf Grube Bahnschacht und Jbaschacht eine Sammlung f6r Sowjetrußland in die Wege geleitet. Auf dem Bahnschacht wurden 1100 Mark und auf dem Jbaschacht 425 Mark gesammelt.

Banarbeiter. Die Bauarbeiter Pasewalks, die vor einigen Tagen den einm6chtigen Beschlu6 gefa6t haben, einen Tagessoldendienst f6r die Rußlandhilfe abzuschaffen, haben neuerdings zu dem gleichen Zweck 600 Mark aus der Solalasse bewilligt.

Auch M6nchen im Dienste der Hilfsaktion. Aus M6nchen wird uns berichtet, da6 auf Antrag der kommunistischen Stadtkommission der Stadtrat die Ueberlassung eines Schullokales zur Einrichtung einer K6chsstube und Sammelstelle f6r das Komitee Arbeiterhilfe f6r Sowjetrußland bewilligt hat.

Von der Gemeinde Bogelsdorf an der Ostbahn wurden uns f6r die Rußlandhilfe 150 Mark 6berwiesen.

Die Gemeinde Klein-Schneehed 6berwies uns zugunsten der Hungernden Rußlands 300 Mark.

Komitee Arbeiterhilfe f6r Sowjetrußland.

Wie man das Deutsche Reich auseinanderbringt, das ist aber auch s6cherlich nicht die Aufgabe des ersten Staatsbeamten. Das ist einfach unerh6rt!

Ueber den G6rlicher Beschlu6 erklarte Strefemann: Wir mu6ten eine Arbeitsgemeinschaft schlie6en mit der Sozialdemokratie. Aus diesem Gesichtspunkte mache ich ferner kein Hehl daraus, da6 ich mich freudig 6ber den Beschlu6 der Sozialdemokraten auf dem G6rlicher Parteitag. Er 6r6ffnet den Weg zu einer Verhandlung im Preussen und im Reich. Er kann die Sicherung einer Regierung geben, die notwendig ist, wenn wir dem Auslandes gegen6ber mit Erfolg verhandeln wollen. Das ist

war nur eine Arbeitsgemeinschaft, aber der G6rlicher Beschlu6 hat noch ein weiteres gebracht, was nicht fruchtbar ist: Die Abgabe der Reichssozialdemokratie an die radikale Link, die Kommunisten und die Unabh6ngigen. Auch der Ermordung Erzbergers sah es so aus, als ob man alles nach links ginge.

Strefemann spricht offen aus, was G6rlich bedeutet. G6rlich, das ist ein Schlag gegen die proletarische Einheitsfront, gegen die proletarischen Massen, gegen den Kampf der Arbeiterklasse. G6rlich soll die Gefahr von links befechtigen.

Die Sinnespartei will die volle Herrschaft.

Die nationalliberale Korrespondenz, die offizi6se Korrespondenz der Deutschen Volkspartei, nimmt ebenfalls zum G6rlicher Beschlu6 Stellung:

Die Deutsche Volkspartei hat nie einen Zweifel dar6ber aufkommen lassen, da6 sie unter Zusammenarbeit nicht die Vorherrschaft 6ber gar die Diktatur einer einzelnen Partei verlangt, sondern da6 die Sozialdemokratie sich genau wie jede andere Partei ihrer zugeh6rigen St6rke entsprechend der Koalition einzuf6hren hat. W6ber hatten wir denn sonst eine Demokratie? Zum klaren Beweise gibt uns die Deutsche Volkspartei nicht her, sondern sie verlangt diejenige Ver6nderung, die ihr als der gro6en politischen Partei des Reichstages zuzurechnen und die sie bereit ist, anderen gro6en politischen Parteien nach Aufgabe ihrer St6rke zuzugehen.

Hier wird der ganze Schwindel der SPD-Demokratie entlarvt, die behauptet, sie gehe in die Regierung, um die Republik zu sch6tzen. Nicht die SPD. stellt Mindestforderungen, sondern Sinnes. Sinnes will freie Hand in der Streitzfrage. Die SPD. soll Ho6 den Hausmacht spielen. Sie soll die Kampfkraft der gegen den Streik ausbau, den Lohnabbau und die Konterrevolution rebellierenden Massen brechen und sie 6berw6lgen helfen.

W6hrend die "Freiheit", das Organ Hilferdings und seiner Gesinnungsgenossen unter den USF-F6hrern, dem G6rlicher Beschlu6 gegen6ber eine lediglich bedauernde und abwartende Stellung einnimmt, jedoch mit keinem Worte den Kampf gegen eine zukunftsige Sinnesregierung und die konkreten Aufgaben des Proletariats erw6hnt, schreiben die Provinzialbl6tter der USPD, die im Gegenzug zur "Freiheit" die Stimmung der Massen ausdr6cken, ganz anders. Die "Magdeburger Volkszeitung" schreibt z. B.:

"Eine Koalition von Strefemann bis Scheibemann wird noch weit b66rdiger als die fr6here Koalition gegen die Arbeiterklasse regieren. ...

Nun mu6en wir offen bekennen: Unsere Hoffnung auf eine Gesundung der SPD. zum Klassenkampf ist gr66tenteils zerst6rt worden. Gewi6 ist der Parteitag nicht die Partei selbst, und wer die Delegierten in G6rlich ansieht, kann die Vermutung nicht los werben, da6 die W6hlen zum Parteitag mit bekannter Raffinesse der Instanzen der SPD. gemacht worden sind. ... Trozdem ist die Abstimmung ein Beweis, da6 die Arbeiter der SPD. schwer geirrt haben, wenn sie glaubten, es sei noch m6glich, innerhalb der Partei noch einen anderen Kurs herbeizuf6hren. Diese Hoffnung mu6fen die ehrlichen Sozialisten in der SPD. f6r immer begraben. Es geht unau6fhaltsam nach rechts, statt nach links. ... Der Beschlu6 von G6rlich ist ein Faustschlag ins Gesicht aller au6er rechten Sozialisten, ist das Grabgef6nde f6r die kaum lebensf6hig gewordene Einigungsfrage. ... "Zu Sinnes" ist der bequemere Weg f6r Kampfw6hler, der 6ber die tiefere Spaltung, Verwirrung und den Betrug der Arbeiter zur jahrelangen Verankerung der kapitalistischen Verelendungswirtschaft f6hrt."

Die unabh6ngigen Arbeiter mu6fen jetzt eine klare und unzweideutige Stellung einnehmen. Das Gebahren Hilferdings und der Seinen f6hrt dazu, da6 die SPD.-F6hrer und die Bourgeoisie die USF. schon als stillen Teilhaber an dem Sinneslichen Regierungsgesch6ft betrachten. So schreibt die "Volksische Zeitung":

"Noch besser als die "gro6e Koalition" w6re die noch gr66ere von Strefemann bis Breitscheid, weil dann die ganze sozialistische Arbeitererschaft f6r ein vollst6ndiges Zusammenwirken mit der Arbeiterschaft gewonnen w6re. Daran ist nun nicht zu denken, die Sache scheitert ebenso an der Fraktion Strefemann wie an der Fraktion Breitscheid. Aber zu w6nschen und fast Vorbedingung einer gesunden, ungest6rten und fruchtbaren Politik des "Gro6blocks" w6re ein einigerma6er friedliches Verh6ltnis der Unabh6ngigen zu ihm."

Das Bremer sozialdemokratische Organ wird noch deutlicher:

"Wir wissen, da6 ein Teil der besonnenen F6hrer innerhalb der USPD., darunter auch Hilferding, einer starken Koalition, in der die Sozialdemokratie gemeinsam mit b6rgerlichen Parteien steht, nicht nur zur6ckhalten, sondern sogar wohlwollend gegen6bersteht. Ein Kabinett von der Volkspartei bis zur Sozialdemokratie, in dem unsere Partei maßgebenden Einflu6 aus6bt, wird aller Wahrscheinlichkeit nach die wohlwollende Duldung der Unabh6ngigen f6r sich buchen k6nnen."

Es ist Zeit, da6 die unabh6ngigen Arbeiter eine reine politische Atmosph6re schaffen!

Gegen Wucherer und Schieber.

Der preussische Minister des Innern besch6ftigte sich in einem Erla6 an die Oberpr6sidenten mit der Leuerungswelle, die aus den Reparationszahlungen und der weiteren Selbstentwertung eingesetzt hat. Selbst dieser zuberl6ssige Sachwalter des Kapitals mu6 feststellen:

Es ist eine offenkundige Tatsache, da6 zahlreiche Erzeuger und H6ndler sich die wirtschaftlich begr6ndete Leuerungswelle zunutze machen, um die Preise f6r ihre Erzeugnisse und Waren weit 6ber das Ma6 der gesteigerten Selbstkosten aus Eigenlucht willk6rlich zu erh6hen. Die Preissteigerung erstreckt sich erkennbar vielfach auch auf solche Gegenst6nde, die von den Verk6ufern noch bei g6nztiger Wirtschaftslage verh6ltnism66ig billig erstanden und seitdem auf Lager gehalten sind. Es gewinnt weiterhin den Anschein, da6 manigfache Erzeugnisse, nach denen starke Nachfrage besteht, k6nstlich zur6ckgehalten werden, um sie sp6ter mit um so gr66erem Nutzen verkaufen zu k6nnen. Ganz besonders verwerflich ist die zu alledem vielfach festgestellte gr6bliche Verf6lschung wichtiger Lebensmittel, die den B6rgercharakter an sich schon ungerechtfertigt hoher Preise noch bedeutend erh6hen.

Welche Mittel empfiehlt der Minister zum Kampfe gegen die Schieber und Wucherer?

Den wucherischen Machenschaften mu6 unter allen Umst6nden und mit gr66ter Entschiedenheit, besonders nach Ra6gabe der Verordnung gegen Preistreibererei vom 8. Mai 1918 (Reichsgesetzbl. S. 380) und des Gesetzes 6ber Versch6rfung der Strafen gegen Schleichhandel, Preistreibererei und verbotene Ausfuhr lebenswichtiger Gegenst6nde vom 18. Dezember 1920 (Reichsgesetzbl. S. 2107) entgegengetreten werden.

Die Klassenjustiz hat bis zum heutigen Tage bei der Bek6mpfung des Wuchers vollkommen versagt, und es ist jedem Arbeiter klar, da6 die b6rgerlichen Gerichte sie nicht vor dem Blutsauger des H6ndlerkapitals sch6tzen werden. Keine Erlasse k6nnen hier etwas 6ndern, sondern lediglich der Klassenkampf des Proletariats und gr66erer Einsatz seiner Organe auf die Wirtschaft.

Die Hungerzahlen steigen!

Die Reichsindexziffer f6r die Lebenshaltungskosten, die vom Statistischen Reichsamte monatlich auf Grund von Erhebungen 6ber die Ausgaben f6r Ern6hrung, Heizung, Beleuchtung und Wohnung festgestellt wird, ist vom Juli zum August um 2 Punkte von 963 auf 1045 gestiegen. Die Erh6hung betr6gt gegen6ber dem Vormonat 8,5 Prozent, gegen6ber dem Monat Januar dieses Jahres 10,7 Prozent. Im Vergleich zu dem seit Beginn dieses Jahres im April erreichten tiefsten Punkte (880) haben sich bis zum Berichtsmoat die durch die Leuerungswelle verursachten lebensnotwendigen Ausgaben um 18,4 Prozent erh6ht. Die Preistreibererregung, die in der Mitte des Monats August eintrat, kommt in der Indexziffer erst zur H6lfte zum Ausdruck. Zu der Steigerung der Lebenshaltungskosten haben Preissteigerungen f6r eine gro6e Reihe von Lebensmitteln, neben Brot besonders f6r Getreide, Schmalz, H6fenfrucht, Nahrungsmittel, Eier und Fisch, beigetragen. Lediglich Kartoffeln und Gem6se haben etwas im Preise nachgelassen. Die Bewegung war, wie im Vormonat, innerhalb des Reichs ziemlich einheitlich.

Gewerkschaftliches.

Rechtssozialisten gegen den Achtstundentag.

Während auf dem Jenaer Metallarbeiterkongress sich die SPD-Führer noch in den Mantel einiger revolutionärer klingender Phrasen hüllten, haben sie auf dem Parteitag in Götting offen den Monarchisten der Deutschen Volkspartei die Hand gereicht. Bündnis mit Stinnes und Böglert bedeutet aber zugleich Bündnis gegen die Arbeiterkraft, Einreihung in die Kampftruppe des Unternehmertums, das gegen das Proletariat im Vormarsch begriffen ist, um seine Profite auf Kosten der Ausgebeuteten zu retten. Die Folgen einer solchen Schwelgerei machen sich schon recht deutlich bemerkbar. Der Rechtssozialist Kallisch schreibt z. B. in dem letzten Heft der „Sozialistischen Monatshefte“, daß zur Erzielung einer Steigerung der produktiven Leistungen auch die sozialpolitischen Errungenschaften zurückgestellt werden müßten.

Inbesondere müßte der allzu schematisch aufgefaßte Achtstundentag preisgegeben werden!

Die Bremer sind nicht mehr allein. Es beginnen bereits seine übrigen Parteigenossen zu folgen. Dem Achtstundentag droht nicht nur Gefahr von Seiten eines frechen herausfordernden Unternehmertums, sondern auch von Seiten einer deutschen Sozialdemokratie, die vor Jahren den Kampf um den Achtstundentag als revolutionäre Forderung auf ihre Fahnen geschrieben hatte. Die deutschen Arbeiter werden diese Wendung der SPD wohl zu würdigen wissen und werden sie ebenso behandeln, wie die Stinnespartei, die auch keine anderen Angriffe auf die Arbeiter richtet, als ihnen die letzten Reste der revolutionären Errungenschaften zu rauben.

Cohnbewegung im Ruhrgebiet.

Eine Betriebsratkonferenz, die von zwölf Schichtanlagen des Dortmunder Bezirks besucht war, befaßte sich mit der Lohnfrage und der Leuerung. In einer Entschließung werden die Verbände und Parteien aufgefordert, bis zum 30. September klare Antwort auf die von einer großen Anzahl von Belegschaften und Bergarbeiterversammlungen gestellten Fragen zu geben. Im Falle der Ablehnung einer Antwort werde man über die Köpfe der Führer hinweg die Zusammenfassung der Arbeiterkraft in Angriff nehmen.

Gegen den einheitlichen Kampf!

Auf wie schwachen Füßen der Widerstand mancher Gewerkschaftsleitungen gegen die Zusammenfassung der Lohnkämpfe steht, dafür bieten Auslassungen der „Sattler-, Tapezierer- und Portefeuller-Zeitung“ in ihrer Nummer vom 16. September ein treffliches Beispiel. Das Blatt bekundet: „Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund — und dieser allein ist uns maßgebend — lehnte es ab, die Lohnbewegungen aus Anlaß der neuen Leuerungswelle einheitlich zu organisieren, sondern überläßt es den einzelnen Berufsorganisationen vollkommen, wie sie am besten vorgehen, um Erfolge zu erzielen.“

Das ist eine ungewollte treffliche Kennzeichnung der Hilflosigkeit des Vorstandes des ADGB, der es sogar vermeidet, die Zusammenfassung der Lohnkämpfe auch nur ernstlich zu diskutieren. Wenn diese Hilflosigkeit sich nicht in Erläuterung und Entlastung wandelt — und wir sehen keine Anzeichen dazu — so sollen die Gewerkschaften wie bisher in zersplitterten Einzelkämpfen weiter wurseln. Das Blatt schreibt nämlich:

„Wenn die berufenen Vertreter der deutschen Gewerkschaften, denen man doch genaue Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse in unserem Wirtschaftsleben nicht absprechen kann, nach wie vor die Taktik der Teilkämpfe empfohlen haben, dann ist das geschieden nach sehr ernster und eingehender Prüfung aller in Betracht kommenden Faktoren. Wir sind überzeugt, daß diese Taktik sofort geändert wird, sobald die Verhältnisse es notwendig machen.“

Die ergebnisvolle Hoffnung auf die Einigkeit der „Berufenen“ ist unwirksam und sicher nicht nach dem Geschmack der Arbeiter. Für sie ist die Angelegenheit kein Diskussions- thema, sondern eine Lebensfrage. Sie werden also Dampf hinter die Zusammenfassung der Kräfte der Arbeiter machen. Gerade in den Kreisen der Gewerkschaftsleitungen ist so oft und so ausgiebig gegen die „Zersplitterung“ geschrieben und geredet worden, daß kein Gewerkschaftsmitglied begreifen wird, daß die Zersplitterung im Kampf weniger schädlich sein soll als die Zersplitterung in der Organisation. Allerdings — die „Einheitlichkeit“ in der Organisation stellen sich die Leute in jenen Kreisen vor als eine Einheit der Verwaltung. Die Arbeiter aber, denen das Feuer auf den Nägeln brennt, die das Erschlagen der Einzelkämpfe sehen, denken vor allem an eine Einheit des Kampfes. Und wer nicht in den Veracht kommen will, daß ihm die Einheit ein leeres Wort ist, der muß sich da zu der Einheit bekennen, wo sie lebendigen Inhalt bekommt: im Kampf mit dem Unternehmertum.

Beschüler.

Von August Strindberg.

„Meister Pabel möge sprechen!“ sagte der Altermann vom Kammengießeramt und klopfte auf.

Meister Pabel stand auf. Er warf einen forschenden Blick auf das verarmte Amt der Meister und Gesellen und fing an zu sprechen:

„Altermann, Meister und Gesellen! Gemäß meinem Rechte und aufgefordert von meinem Gefühl für das Wohl, habe ich mich entschlossen, einen Vorschlag einzubringen, der allerdings in diesem Jahre auf keinen Beifall rechnen kann, vielleicht nächstes Jahr auch nicht, aber gerade darum jetzt eingebracht werden soll, damit er Zeit hat, zu reifen, da es ja das Schicksal aller großen Fragen ist, reifen zu müssen. Das wohlthätige Kammengießeramt von Stockholm hat sein nützliches Dasein zwei Jahrhunderte hindurch gelebt, und dessen Segen oder Junstordnung hat während dieser Jahrhunderte den Angriffen der Zeit getrotzt und ist in ihrer ursprünglichen Fassung verblieben. Was aber dagegen nicht die Stürme der Zeit hat heilen können, das sind die äußeren Umstände, unter denen das Amt sein Dasein gelebt hat. Als die Junstordnung des Amtes von König und Rat gebilligt und festgelegt wurde, hatte die Hauptstadt des schwedischen Reiches eine Volksmenge von 800 Bürgern; jetzt hat sich diese Volksmenge vervierfacht. Die Segen des Amtes bestimmte vor zweihundert Jahren, daß die Anzahl der Meister vier sein sollte; diese Segen entstand in der wohlthätigen Absicht, daß Handwerk gegen Pfuscher und Vandalen zu schützen. Jetzt ist der Schutz durch veränderte Umstände das Gegenstand geworden von dem, was er sein sollte: der Schutz ist Druck geworden.“

Der Altermann grüßte nach der Glocke, und ein dumpfes Gemurmel war in der Stube zu hören.

„Meine unvorsichtige Meinung ist die,“ sprach Meister Pabel fort, „daß die Anzahl der Meister sich eigentlich vervierfachen müßte, da die Volksmenge sich vervierfacht hat. Hier haben wir einige hundert Gesellen, alle junge und taugliche

...ihren Hinweis auf die Melung der „Berufenen“ vernag denn auch die genannte Zeitung kein Argument gegen die Zusammenfassung der Lohnkämpfe aufzubringen. Dagegen versuchte sie es, die Tatsache zu verschleiern, daß in der doch wohl etwas „berufenen“ „Bergarbeiterzeitung“ ziemlich scharf verlangt wird, daß mit der Taktik der Einzelkämpfe gebrochen wird. Die Entwidlung der Zusammenfassung aller Kräfte läßt sich nicht mehr aufhalten. Alle Gewerkschaftsmittel müssen auf der ganzen Linie nachdrängen, damit morgen Wahrheit wird, was heute noch an inneren Widerständen scheitert.

Wie man den Achtstundentag hochhält.

Zur Nachahmung für die deutsche Arbeiterschaft. Im „Chemnitzer Bauarbeiter“ lesen wir folgende Warnung, die wir für so zeitgemäß und für so nachahmenswert halten, daß wir sie allen deutschen Arbeitern zur Beachtung empfehlen. „Wegen Durchbrechung des Achtstundentages ist der Kollege Heinig von der Zehnstellige BURGSTEIG durch eine Verhandlungskommission mit einer Buße von 50 M. für die Ruffenhilfe bestraft worden.“

Kollegen, haltet Euer Erklärtes hoch, meidet Ueberstunden und den Afford.

Wir glauben, daß dies ein sehr guter Weg ist, um auch diejenigen Arbeiter zur Solidarität und Einhaltung des Achtstundentages zu erziehen, die durch Ueberstunden und sonstige Mängel der geschlossenen Front der Arbeiterschaft durchbrechen und dadurch die Gefahr einer völligen Abschaffung des Achtstundentages vergrößern.

Parteitag der SPD.

Götting, 23. September.

Neuwahl des Parteivorstandes.

In der gestrigen Nachmittagsstunde verlas der Vorsitzende das Ergebnis der Vorstandswahlen. Die alte Parteileitung wurde vollständig wiedergewählt. Von den Kandidaten, die als Vertreter der Opposition gelten können, haben Ströbel 150 und Markwald 38 Stimmen erhalten.

Donnerstag-Verhandlung.

Die Verhandlung am Donnerstag begann mit der Diskussion über das gestrige Referat Müllers über die

Wirkungen des Berliner Friedensvertrages, die an Gedanken eben so arm waren, wie das Referat Müllers selber. Auf einen Parteitag der Deutschen Nationalen fühlte man sich verpflichtet, als Redner aus Oberschlesien und aus dem Saar-Revier ihre „Treue zum deutschen Volk“ bekundeten und bei besonders nationalen Kraftworten stürmischen Beifall erzielten.

Löbe-Frankfurt a. M. forderte die Kontrolle der Betriebsräte bei den Reparationsleistungen.

Ein Redner protestierte gegen eine Auslassung der Heilmann-Korrespondenz, in der erklärt wird, daß man auf dem Parteitag auch bürgerliche Gedanken bemerkte. Heilmann wußte sich treffende Charakteristik zu beschaffen. Nach dem Schlusswort Seemanns wurde die von diesem vorgelegte Resolution und eine Erklärung zur oberschlesischen Frage einstimmig angenommen.

Danach begann die

Beratung des Programms.

Paul Löbe erstattete den Bericht der am Montag gewählten 2Ber-Kommission. Der theoretische Teil war von der Kommission mit allen gegen 2 Stimmen und 2 Stimmenthaltungen angenommen, der ganze Entwurf gegen 2 Stimmen. Den neuen Bedingungen entsprechend, richte die Partei im Gegensatz zu dem Erfurter Programm ihren Appell heute nicht an die Lohnarbeiter allein, sondern an alle Parteien der Demokratie, an alle Kreise des Volkes. Den 2. Teil des Entwurfs, den praktischen Teil, hätte sich die Kommission auf Zusammenfassung des Wichtigsten beschränkt. Dieser Teil müsse durch Aktionsprogramme ergänzt werden.

Der Grundgedanke, daß die SPD eine Partei der Weltanschauung sein müsse, wäre in dem Entwurf, dem Stampfer die letzten Teile gegeben, genügend gewahrt. Unschärfbar sei das Programm natürlich nicht. Er sei überzeugt, daß es nicht so lange Dauer haben werde, wie das Erfurter Programm. Aber die Partei lehne es trotzdem ab, sich ein Konjunkturprogramm zu geben wie die USP in Leipzig, die sich mit ihrer Anerkennung der Diktatur ein Programm gegeben hätte, daß sie am liebsten jetzt selber gern los werden würde.

Die Debatte.

Am Nachmittag begann die Diskussion des Programmentwurfs mit einer Rede Heinrich Ströbels, der bestritt, daß man das Programm nicht endgültig verabschieden, sondern als wertvolles Material einer neuen Kommission überweisen sollte. Der Entwurf, der in der Kommission geradezu durchgepeitscht worden sei, lassen die Parteigenossen in allen wichtigen Fragen im Stich. Die Wohnungsfrage sei überhaupt nicht, die Sozialisierungsfrage in einer Weise behandelt, die je nach dem Temperament Kopfschütteln oder Empörung her-

vorrufen müsse. Der ganze Parteitag sei mit Gedanken und Hüllosigkeit behaftet. Der Entwurf mache den Eindruck, als sei er 1912, vor dem Krieg, der Revolution, vor der wirtschaftlichen Wirtschafsterrüttung mit allen ihren Folgen auf allen Gebieten des wirtschaftlichen und politischen Lebens geschaffen und verfaßt worden. Diese Folgen können nicht durch die im Programm entworfenen vorgeschlagenen bürgerlichen Maßnahmen, sondern nur durch eine radikale Sozialisierung beseitigt werden.

Der Parteitag stehe allerdings unter dem Zeichen der Koalition mit der Deutschen Volkspartei.

Es gebe kein Beispiel für eine solche Legung und das Kompromiß, das zu dieser Ehe führen soll, werde voraussichtlich auf dem Kreditangebot der Großindustriellen basieren. Dann würde das Geld und die Not der Massen noch weiter steigen und es gibt keinen anderen Weg als die Sozialisierung, und davon findet man in dem Programm nichts.

In der Diskussion war man sich nicht einmal darüber klar gewesen, was das Wort Gemeinwirtschaft bedeute. Ein Teil meinte, es sei darunter nur zu verstehen, was man in der Kohlen- und Kallindustrie bereits habe. Das Schlimmste sei, daß dem Programm der Weltanschauungsinhalt der Sozialisierung fehle. Wenn man den Arbeitern dies nehme, dann werden sie an der sozialistischen Bewegung überhaupt verzweifeln. (Teilweiser Beifall.)

Stampfer-Berlin bemängelt, daß Ströbel, weder in seiner Art, noch in der Kommission die Linie, die dem Entwurf nach seiner Behauptung fehler gegeben habe. Man hätte von ihm nur Schlagworte gehört. Es sei eine völlig unmarxistische Auffassung, wenn man glaube, jeden Schritt auf dem Wege vom Kapitalismus zum Sozialismus vorher festlegen und durch Gesetze und Verwaltungsmassnahmen eine grundlegende Veränderung der Gesellschaft herbeiführen zu können. Was den Begriff der Gemeinwirtschaft anbelangt, so habe die Kommission darunter die Ueberführung der Betriebe aus Privatbesitz in Gemeinbesitz verstanden. Stampfer verschaft sich zum Schluß durch lange Ausführungen sehr starken Beifall.

Auch Otto Braun erklärt, man habe in der Kommission unter dem Worte Gemeinwirtschaft nicht etwa Kriegswirtschaft und ihre Ueberbleibsel verstanden, sondern die Ueberführung der Privatwirtschaft in die sozialistische Wirtschaft. Das bringe das Programm mit größter Klarheit zum Ausdruck. Braun bestritt die Ablehnung eines Antrages, der die Ausarbeitung eines Agrarprogramms fordere. Man soll sich damit abfinden, daß die Schwierigkeiten zur Annahme eines Agrarprogramms noch nicht überwunden seien und sich mit den Richtlinien zur Agrarfrage begnügen.

Markwald-Frankfurt a. M. als zweites Mitglied der Kommission hat den Entwurf abgelehnt, das enthält die Ablehnung des Programms, weil es für die Einigung mit der USP hinderlich und weil es einer demokratischen Partei wie der SPD. unzulässig sei und ein Programm sei, das noch keiner Parteiverammlung vorgelegt hätte. Wenn er auch die Annahme des Programms nicht gerade als Unglück betrachten würde, so hätten ihn Stampfers Ausführungen, in denen er sich als ein Gegner der Sozialisierung entpuppt hätte, in ihrer ablehnenden Haltung noch befestigt.

Es käme in dem Programm nicht zum Ausdruck, daß die Sozialdemokratie die Partei des Proletariats und des Klassenkampfes sei und bleiben müßte.

Der Redner zitiert einige Ausführungen des mecklenburgischen Ministers Keimede-Block, der auf dem Parteitag der Deutschen Volkspartei sagte: „Wenn der Göttinger Parteitag nicht den schärfsten Trennungsstrich gegenüber der USP und SPD. mache, und vom Klassenkampf abträte, könne man mit der Sozialdemokratie nicht mehr gemeinsam regieren.“ Auf einige Juruse erwidert Markwald: Sie sehen, die Deutsche Volkspartei lehnt es ab, mit einer Partei des Klassenkampfes zusammen zu arbeiten. Sie lehnt es aber nicht ab, mit Sozialdemokraten zu arbeiten.

Sehr scharf und persönlich polemisiert Adolf Braun gegen Ströbel, dem er vorwirft, in die SPD den „guten Ton“ aus der USP hineingetragen zu haben.

Eduard Bernstein bestritt, daß das Programm ein Abweichen vom Marxismus bedeute. Die Einigung mit der USP würde nicht dadurch gefördert, daß man auf die Fassung eines Programms verzichte.

Lauffötter-Hamburg fordert, man soll an die Spitze des Programms stellen, daß die SPD eine „Kulturpartei“ sei. Außerdem soll man das Schlagwort „Klassenkampf“ so erläutern, daß es von den Reaktionen nicht mehr als Wortwurf gebraucht werden könne.

E. David wendet sich sehr scharf gegen Markwald, der von seinen „engeren Freunden“ gebrochen hätte, man wolle keinen Richtungsstreit mehr in der Partei und es dürfe keine Richtungen mehr geben. Dazu soll das Programm beihilflich sein. Schließlich bestritt David den Antrag, der die Schaffung einer Kommission zur Ausarbeitung eines Agrarprogramms verlangt mit der Einschränkung, daß die Kommission nicht verpflichtet sein soll, schon dem Parteitag einen Entwurf vorzulegen.

Nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte wird mit starker Mehrheit Schluß der Debatte beschlossen.

Bei der Abstimmung wird der Programmentwurf etwa gegen ein Dutzend Stimmen angenommen. Ein Antrag, der der Parteileitung das Recht zu stilistischen Änderungen gibt, wird zum Beschluß erhoben.

Leute, die ihr ganzes Leben darauf warten müssen, daß sie Meister und ihr eigener Herr werden; hier müssen sie Skabendienste leisten für einen geringen Pfennig, während nur vier den Gewinn ernten dürfen. Mein Vorschlag ist also, daß die Satzungen des Amtes in diesem Punkte dahin geändert werden, daß künftighin die Anzahl der Meister auf sechszehn festgesetzt wird. Ich habe gesprochen.“

Die Gesellen murmelten beifällig; der Altermann klopfte auf.

„Haltet den Mund, Gesellen, ihr habt kein Wort mitzureden!“ schrie er. „Wohlthätiges Kammengießeramt! Wir leben in einer Zeit voller Unruhe und Mißvergnügen. Das jahrbüchertelange Erprobte wird von Ehrvergeßenen angegriffen; sie denken nicht mehr an die Wohltaten, die sie selbst durch die Einrichtungen genossen, die unsere Vorfäter uns zur Freude und zum Schutze gegeben haben.“

Hier wurde der Redner verständlich in Folge eines sonderbar marrenben Geräusches, das gleich, das hervorgebracht wird, wenn ein Schiff gegen eine hölzerne Brücke schlägt. Im dunkelsten Winkel der Stube, wohin der matte Schein der Talglüster kaum drang, sah auf der hintersten Wand eine kleine wunderliche Figur, die mit funkelnden Augen die Ausführungen der beiden Redner angehört hatte. Ihr großer Kopf ruhte unmittelbar auf den Schultern, wie der Säuger eines Males auf der Platte; direkt aus dem Brustkorb hervor stakten zwei lange Beine wie ein paar Ruder; wo der Ragen sitzen sollte, war ein leerer Raum, aber auf dem Rücken, wo es eben sein sollte, sah ein winziges Bündel. „Das Gesicht sah fast verschminkt aus, hatte aber augenblicklich einen unschuldigen und aufmerksamen Ausdruck angenommen. Um den letzten Augenblick, daß er irgendeine Schuld an dem sonderbaren Lärm habe, zu entfernen, hatte der Buckelmann die Arme über der Brust gekreuzt und die dem Argwohn am meisten ausgelegte Hand ans Ohr gelegt, als könne er nicht genug von den losbaren Worten des Altermanns hören. Als dieser jetzt wieder das Wort nahm, sah man, wie der Buckel sein linkes Bein so weit ausstreckte, daß er den Fuß der wackligen Paul erreichte.

konnte, die vor ihm stand, mit dem Erfolge, daß diese mit ihrer schweren Last Gefellen in eine schaukelnde Bewegung versetzt wurde, die das widerliche und höchst störende Geräusch hervorrief.

„Still dort,“ zischten die bloßgestellten Gefellen und wandten sich nach dem Buckeligen um.

„Sche ich nicht still?“ antwortete dieser und zeigte seine unschuldigen Hände.

„Was ist denn das für ein Teufel, der nicht still sein kann?“ Die Frage blieb unbeantwortet, und der Altermann fuhr fort:

„Alles in der menschlichen Natur braucht Schutz. Das Kind wird durch Wickeln davor geschützt, daß es krumm wird. Das Weib wird vom Manne beschützt, der Bürger wird vom Krieger beschützt, und der König beschützt den Krieger. Warum sollte da nicht auch das Kammengießeramt beschützt werden? Nicht dem Essen ist unlegbar das Trinken die wichtigste aller Serrichtungen, die das menschliche Leben erhalten. Adam bereitet verstand Wasser zu trinken, Noah ging einen Schritt weiter und trank Wein. Unser Erlöser selbst mußte trinken, als er am Kreuze hing; alle haben wir getrunken; Junge und Alte, Kleine und Große, Arme und Reiche. Jetzt will ich fragen: wie sollten wir zum Genuß der Gabe des Trinkens kommen, wenn wir nicht etwas hätten, woraus wir trinken? Wir könnten uns allerdings auf den Bauch legen wie die unseligen Tiere, aber dann wären wir keine Menschen mehr. (Dies ist einer der wichtigsten Unterschiede zwischen Mensch und Tier.) Die nun Tringefäße verfertigen, besonders jetzt Kannen, welche die vollkommensten aller Tringefäße sind, die sind die wahren Wohltäter der Menschheit, da sie den Menschen über das Tier erheben haben. Das Kammengießeramt ist ein großes, vielleicht das größte Amt von allen, und jetzt will man es in Schmutz ziehen; man will das niederreißen, was die Vorfäter aufgebaut haben; man will mit einem Fieberzug anstigen, was Jahrhunderte geschaffen haben. Was soll man auf einen so unverschämten Angriff antworten?“

(Fortsetzung folgt.)

Breslauer Nachrichten.

Eine Demonstration der Erwerbslosen in Breslau.

Am 22. September versammelten sich im Schiedsgerichtssaal etwa 3000 Erwerbslose, um gegen den Gewaltakt des Magistrats Breslau, nämlich die Absetzung der Erwerbslosenunterstützung nach einem Bezuge von 20 Wochen, Stellung zu nehmen. Seitens des Erwerbslosenrates wurde klargestellt, welche Schritte hiergegen unternommen worden sind. Eine besondere nach Berlin entsandte Delegation wurde dort bei verschiedensten amtlichen Stellen vorstellig und erreichte wenigstens das eine, das die Angelegenheit nochmals eingehend von dem Breslauer Magistrat geprüft und unliebbare Härten gegenüber den Erwerbslosen vermieden werden sollen. Eines zeigten die Ausführungen des Gen. Feinze, nämlich das gerade beim Breslauer Magistrat, sowie bei anderen maßgebenden Stellen am Orte nicht das rechte Verständnis für die Notlage der Erwerbslosen vorhanden ist. Ein recht trauriges Kapitel bilden auch die geplanten Notstandsarbeiten, auf welche die große Masse der Arbeitslosen schon seit November vorigen Jahres warten, ohne daß dieselben bis heute in Fluß gekommen wären. Die Versammelten konnten den Ausführungen des Referenten nur zustimmen und gaben der Hoffnung Ausdruck, daß doch nun endlich Mittel und Wege gefunden werden, um dem Elend unter den Breslauer Erwerbslosen einigermassen zu steuern.

Es wurde ferner noch zur Sprache gebracht, daß in dem hiesigen Hauptelektrizitätswerk am Scheibentweg in ganz erheblicher Weise Ueberstunden geleistet werden, ohne daß der Betriebsdirektor, Herr Sticha, sich bisher geneigt gezeigt hätte, Erwerbslose in den Betrieb aufzunehmen. Um diesen Uebelständen abzuhelfen und um gleichzeitig auf die Betriebsdirektion einen Druck auszuüben, Erwerbslose einzustellen, beschloffen die Versammelten, eine Demonstration nach dem Hauptelektrizitätswerk zu unternehmen. Es wurde eine Delegation, bestehend aus 3 Vertretern des Erwerbslosenrates und 3 Vertretern der Versammelten beauftragt, mit der Betriebsdirektion Rücksprache zwecks diesem Ueberstundenumwesen zu nehmen. In geschlossenem Zuge unter dem Gesang der Internationale zogen nun die Erwerbslosen nach dem Scheibentweg. Da Herr Direktor Sticha nicht persönlich im Werk anwesend war, mußte erst nach verschiedenen Richtungen hin telephoniert werden, um die Verhandlungen in die Wege zu leiten zu können. Sei es nun ganz besonderes Entgegenkommen gegenüber den Erwerbslosen, oder war den Herren doch der Schreck etwas in die Knochen gefahren, kurzum, innerhalb 30 Minuten war so ziemlich die gesamte Betriebsdirektion im Elektrizitätswerk versammelt.

Natürlich spielte Herr Sticha, wie immer in solchen Fällen, den unschuldigen Engel. Jedoch an der Tatsache, daß in der Zeit vom 1. April bis 2. August d. J. 6990 und im Verlaufe der letzten vergangenen Woche 800 Ueberstunden geleistet worden sind, vermochte Herr Sticha nicht zu rütteln. Ebenso konnte es Herr Sticha nicht ableugnen, daß ein Arbeiter, der es ablehnte, Ueberstunden zu leisten, gemahregelt wurde. Daß dieser noble Herr es bisher abgelehnt hat, mit dem Betriebsrat über derartige Dinge zu verhandeln, wird nicht sehr verwunderlich sein, wenn man dessen Äußerung in Betracht zieht, daß sich die Arbeiter nicht zu wundern brauchen, wenn das Werk einmal stillgelegt wird, falls die Belegschaft keine Ueberstunden leistet. Ingenieure und Beamte, ebenso wie der Betriebsrat, sind der Ansicht, daß unbedingt noch hätten Erwerbslose eingestellt werden müssen, wodurch die Zahl der Ueberstunden dann auf ein Mindestmaß hätten reduziert werden können. Leider mußte auch die Tatsache konstatiert werden, daß viele Arbeiter des Werkes gegen die Bestimmungen des Betriebsrates sind und zur Leistung von Ueberstunden neigen. Die ganzen etwa einstündigen Verhandlungen fanden unter dem Banner der draußen harrenden Erwerbslosen. Das von Seiten des Herrn Direktors nicht ganz korrekt gehandelt worden war, mußten quasi alle Herren der Betriebsdirektion zugeben, die über viele wichtige Vorkommnisse, in bezug auf Ueberstundenwesen, nicht unterrichtet waren. Seitens des Erwerbslosenrates wurde in ultimativer Form die baldige Abschaffung dieser Uebelstände und Einstellung einer entsprechenden Anzahl Erwerbsloser gefordert.

Die Verhandlungen endeten schließlich mit dem Resultat, daß eine besondere Kommission eingesetzt werden soll, die auf schnellstem Wege die Untersuchung führen und auch die Einstellung von Erwerbslosen vornehmen soll. Dieser Kommission soll außer dem Betriebsrat auch ein Vertreter des Erwerbslosenrates angehören. Ebenso soll in Zukunft der Betriebsrat zu solchen Sitzungen der Betriebsdirektion, die sich mit Arbeiterfragen beschäftigen, hinzugezogen werden.

Die versammelten Erwerbslosen nahmen das Resultat der Verhandlungen mit Beifall auf. Die ganze Demonstration zeigte eine straffe Ordnung, sie bewies aber auch deutlich genug, daß die Erwerbslosen nun endlich einen festen Willen haben und gewillt sind, wie ein Mann hinter ihren Vertretern zu stehen und ihren gerechten Forderungen den gehörigen Nachdruck zu verleihen.

Schneiderversammlung

In der Versammlung wurde Bericht über das Resultat der gepflogenen Verhandlungen gegeben. Die Jugendarbeit der Unternehmer befriedigte die Anwesenden nicht und die Ansprache ergab, daß die Löhne, welche die Gewerkschaftsbürokratie einschlägt, nicht im Sinne der Arbeiter verläuft. Man wies darauf hin, daß heute Zeitkämpfe zwischen den Arbeitern und den Arbeitgebern alles umfassen müssen und alle Kräfte zu einer einheitlichen Aktion zusammengefaßt werden müssen. Trotz der Entscheidung zur Annahme des Ersuchen, ergab die Abstimmung 4 Stimmen für Ablehnung.

Vom Zentralverband der Hausangestellten

Bergangene Woche fand im Gewerkschaftshaus eine Generalversammlung des Zentralverbandes der Hausangestellten für sämtliche Sektionen statt, die ganz den Zweck der Vereinigung hatte.

Die Rednerin, Frau Kunert, gab einen ausführlichen Bericht über die Lohnbewegung der Hausangestellten und über den gegenwärtigen Stand der Lage. Unter anderem erklärte sie: Der Kampf ist deshalb so

schwer, weil die Mieter Breslaus infolge der herrschenden Wohnungsnot den im Kampf stehenden Hausmeisterinnen in den Rücken fallen, indem sie, sobald es ruckbar wird, daß eine Hausmeisterstelle oder besser gesagt, die Hausmeisterwohnung, frei werden soll, sich die Meinsten wunden und dem Hauswirt alle möglichen und unmöglichen Versprechungen machen, nur um einmal den Titel Hausmeister führen zu können. Sobald sie nun aber Hausmeister geworden sind, gehen ihnen die Augen auf und sie merken, daß sie sich selbst zum rechtlosesten Menschen der Jetztzeit gestempelt haben.

Hätten sie als Mieter ihre Wohnung und war diese noch so bescheiden, so mußten sie, daß es dem Hausbesitzer durch gesetzliche Bestimmungen unmöglich ist, sie bei jeder Gelegenheit auf die Straße zu setzen. Mit dem Tage aber, an dem sie Hausmeister geworden, sind sie nicht nur erbärmlich schlecht bezahlte Arbeiter, sondern sie müssen Gott und ihrem lieben Hauswirt auf Knien danken, wenn der Erste des Monats ohne Kündigung vorüber ist. Zum Dank, daß sie es dem Herrn Hauswirt erleichtert haben, den um seine Bezahlung kämpfenden Hausmeister aus der Wohnung zu bringen; können auch sie wieder ihre sieben Sachen packen und sehen, wo sie Unterkommen mit ihrer Familie finden.

Ferner erklärte sie: wären erst einmal alle die in Frage kommenden Mieter Hausmeister gewesen, dann würden sie sich für den Posten bedanken und es gäbe keinen Arbeiter mehr, der den jetzigen Hausmeister ablösen würde, und dann wäre der Kampf sehr schnell erledigt. Da wir vor Abschluß der Verhandlungen stehen, ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes, darauf hinzuwirken, daß restlos alle Hausmeister sich dem Verband anschließen.

Nach Schluß dieser Ausführungen legte eine rege Aussprache ein, in der folgende Entschließung angenommen wurde:

Die am 14. September im Gewerkschaftshaus tagende Hausmeisterversammlung richtet an die Breslauer Mieterschaft das Ersuchen, sie in ihrem schweren Kampf zu unterstützen. Kein Mieter darf einen Hausmeister ablösen, der wegen Gehaltsforderungen die Kündigung erhalten hat. Wir kämpfen nicht nur um Gehaltsaufbesserungen, wir kämpfen um das Recht, als Mieter anerkannt zu werden. Breslauer Mieter, übt Solidarität!

Dann berichtete die Rednerin, daß für die Hausangestellten ein neues Hausangestelltengesetz geschaffen wurde, daß aber in Breslau eine auf das BGB. gestützte Hausangestelltenordnung besteht, die seit 15. Februar 1921 rechtsverbindlich ist, und daß eine Lohnbewegung im Gange ist. Von den Reinemachefrauen ist der Stundenlohn im letzten Vierteljahr von 2,50 Mark auf 3 Mark und 3,50 Mark erhöht worden.

Schließlich wurden folgende Beitragserhöhungen angenommen: 1. für Hausangestellte jeder Gruppe 0,50 M. Lokalzuschlag, 2. für Reinemachefrauen 1 Mark Lokalzuschlag ab 1. Oktober, 3. für Hausmeister 1 Mark Lokalzuschlag ab 1. Januar 1922, und beschloffen, durch freiwillige Spenden der Mitglieder für die Kinder der Hausmeister eine kleine Weihnachtsfeier zu veranstalten.

Aus der Provinz.

Tagediebe feiern Feste auf Kosten der Arbeiterschaft.

In schönen Städtchen Jülich in der Nähe von Neustadt in Oberschlesien wurde am 20. September von den dort hausenden fünf vertretenen Selbstschutzleuten ein Abschiedsfest veranstaltet, ohne daß ein in demselben Lokal sitzender Polizist und die dortige Schupo sich darum kümmerten. Vielleicht war die hohe Polizei der Meinung, daß man gegen ein Kinderfest nichts haben kann, denn es mußte einen allerdings so anmuten, als wenn sich Kinder etwas laut amüsieren, wenn man diese treuentschen Jünglinge, in mit Blechzeug aller Art und Wändern in allen Farben bekleideten Uniformen, in kindlicher Eitelkeit und Einfall Soldaten spielen sah. Auch wenn sie durch andauerndes Juden-, Ebert- und Noskegeschlagen, Republikverhöhnepfeifen und Lehmannhochlebenlassen die arbeitende Bevölkerung nicht zum Einschlagen kommen ließen, braucht man ihnen noch lange nicht böse zu sein. Als man aus dem aus Jülich, Singen und Schreien erkundeten teutischen Kaiserreich-Traum erwachte, fuhr man nach Neustadt, um sich wieder Penunze zu holen, wovon ja diesen Strauchrittern auch in der Republik noch reichlich zur Verfügung steht.

Wenn man aber weiß, daß diese ansehnlich so harmlosen, unter dem Einfluß hochreaktionärer Offiziere stehenden, politisch untauglichen Leute dazu verwendet werden sollen, das Proletariat niederzubalten, wenn es sich gegen die immer übermächtiger werdende Reaktion und die immer größere Verelendung zu wehren versucht, so ergibt sich doch für alle Arbeiterorganisationen die Pflicht, durchgreifende Maßnahmen zur sofortigen, restlosen Auflösung dieser durchaus konterrevolutionären Formationen zu schaffen. Wir fragen die Behörden und hauptsächlich die SPD-Führer, welche in denselben eine maßgebende Stellung einnehmen, was sie gegen diese auf Kosten der Arbeiterschaft einen feinen Tag lebenden, die Arbeiter belästigenden Spaltenräuber zu unternehmen gedenken. Denn gerade dort an der Grenze, in der Gegend von Neustadt und Jülich, werden die dort in Massen mit Keilspitzen, Gummihumpeln und anderen Waffen herumpfrolschenden Reaktionsäre immer frecher. Der polnisch gekauften Bevölkerung werden die Fahrräder weggenommen. Wer sich wagt, gegen diese Banden aufzutreten, muß auf alles gefaßt sein. Es wird auch vor einem Wort nicht zurückgeschreckt. Wenn auch der Selbstschutz jetzt offiziell aufgelöst wird, so wissen wir doch, daß derselbe an andere Orten, z. B. auf den Gütern, illegal sein verbrecherisches Treiben fortsetzen wird.

Schwerer Grabenstich

Grabstich. Als nach heftiger Stiche die Ausfahrt einer Anzahl Bergleute der Kohlenbergwerke in der Gegend erfolgte, ist das Seil, so daß die Seile mit den Jungfrauen in die Tiefe führten. Hierbei erlitten, den Breslauer Nachrichten zufolge, 14 Bergleute lebensgefährliche Verletzungen.

Kampfsitze

Beim gingen ein: Ortsgruppe Breslau: 1500 - M.; Ortsgruppe Posen: 1416,50 M.; Ortsgruppe Glogau: 117 - M.; Ortsgruppe Kattowitz: 70 - M.; Ortsgruppe des Arbeiterverbandes Glogau: 115,20 M.; G. 872,20 M.

Frankenstein. Die Gastfreundschaft in gemeiner Weise belohnt hat in Pils der seit mehreren Wochen bei dem Wirtschaftsbeförderer S. Fischer untergebrachte Selbstschutzmann Kurt Schönsfeld aus Fürstberg an der Ober. Er erbrach die verschlossene Kammertüre, der er 6000 Mark in Hundertmarkscheinen und 200 Mark in kleineren Geldscheinen entnahm, und suchte damit das Weite. Das Geld war zur Beilegung der Kosten für eine elektrische Kraftanlage bestimmt. Der Dieb konnte bisher nicht ermittelt werden.

Aus dem Waldenburger Gebiet.

Anlässlich einer Versammlung, die am Sonntag in Waldenburg stattfand, beliebt es die „Schles. Bergwacht“ oder vielmehr die Schmutzstinken aus der Sandstraße, wie sie schon längst im Volksmund heißen, die Genossen der kommunistischen Partei zu verhöhnen und mit Dreck zu bewerfen.

Diese „Einheitsfrontsoldaten“ aus der Sandstraße faseln von dem schlechten Besuch einiger unserer, vom Int. Rat der Fach- und Industrieverbände einberufenen Versammlungen. Sie reden von, daß die Besucher derselben in einem Billardzimmer Platz gehabt hätten usw.

Wir möchten einmal fragen, warum hat den die Sozialdemokratische Partei die letzten zwei Monate fast gar keine öffentliche Versammlung abgehalten?

Die Antwort ist nicht schwer. In allen Versammlungen, wenn nicht noch einige Kommunisten anwesend waren, hätte gewöhnlich der Vorstand mit seinem schwarz-rot-goldenen Vereinsfähnchen gegläntzt. So daß ein Billardzimmer zu groß und der Raum eines Kiosetts groß genug war, um die „Masse“ unterzubringen.

Die am letzten Sonntag mit großem Tamtam einberufenen Versammlungen erfreuten sich, bis auf die, wo der „ehemalige“ Blutminister Sebering-Noske vorgeführt wurde, der gähnenden Leere. Waren doch in Gottesberg, wo, um mit der „Bergwacht“ zu reden, der „beste“ Nebner der Welt erschienen war, Herr Lang aus Langenbielau, kaum 80 Mann anwesend. Davon 40-50 Bürgerliche, die auf Grund des Inzerats, daß in der bürgerlichen „Gottesberger Zeitung“ erschien, da waren, in Abzug, sieht diese „Massenversammlung“ einem Trümmerhaufen eher ähnlich. Auch hier hätte ein Vereinszimmer genügt, um die Massen unterzubringen. Ähnlich in den anderen Versammlungen. Daß die sozialdemokratische Bezirksleitung so lange keine Volksversammlungen abgehalten hat, wohl meistens aus dem Grunde, weil niemand kommt und zweitens, weil seit dem Bergarbeiterstreik im Kreise eine starke Abneigung gegen sozialdemokratische Worte herrscht, die mit den Taten fast immer in Widerspruch stehen.

Wenn die Genossen, auch die rechtssozialistischen Arbeiter, einen solchen Dreckartikel lesen und dabei nachdenken, wie sie doch seit Monaten in vielfach überfüllten Versammlungen saßen, ohne daß ein Minister a. D. oder eine wirkliche Geistesgröße, wie der Reichstagsabgeordnete Franz, sprach, sondern ein ganz gewöhnlicher Prolet, der zu ihnen sprach und dem Proletariat die Wege wies. Wir, die ja oft schon totgefagte kommunistische Partei, hatten Mitleid mit der Sozialdemokratischen Partei, so daß wir ihr schon Vorschläge machen wollten, wie sie am besten den Versammlungsbesuch heben könnten.

Wir würden der Parteileitung raten, nicht nur Minister a. D. und Reichs- und Landtagsabgeordnete aufzuführen, sondern sich vom Zirkus Barnum & Bailey einige Judier in vollem Kopfschmuck zu verschreiben, damit, mit der nötigen Reklame, ein volles Haus wird. Vielleicht holen sie sich auch noch Briand oder Lloyd George, um das Haus „voll“ zu bekommen. Man könnte, wenn man die Intention in der „Schles. Bergwacht“ in ihrem Treiben beobachtet, ausrufen: „Ach, Ihr armeneligen Tröpfe, wie tief seid Ihr gesunken.“

Wenn man nicht zu dieser unsinnigen Schreibweise Stellung nehmen möchte im Interesse der Wahrheit, würde man solche Berichte einfach nach einem Ort bringen, wo diese Zeitung schon lange hingehört. Wir dachten, wenn die Hige der Hundstage vorüber ist, würde es anders werden. Wir haben uns getäuscht. Die Herren aus der Sandstraße werden von dieser chronischen Gehirnerweichung, die sie sich beim letzten Frost zugezogen, eben nur in einer Saftwasserheilanstalt hergestellt werden. Wir sehen dieser Ausheilung mit größtmöglicher Pietät entgegen und wünschen diesen Arbeiterzerpflitterern gute Besserung.

Versammlungskalender.

Penzig. Dienstag, den 27. September, abends 7 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung bei Genosse Förster. Erscheinen ist Pflicht. Die Zeitung.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Janus, Berlin. Verlag Sozialistischer Verlag, c. G. m. b. H., Breslau. Druck: Friedrichstadt-Druckerei G. m. b. H., Berlin SW 48.

Liebig-Theater.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Das große
September-Prögr.

Für Flechten-Krankel
Knoten-, Ring-, Eifer- und Bartflechte, auch veraltete Leiden, heile ich unt. Garant. mit meinem vielbewährten **Flechtenhehl** in 8 bis 14 Tagen.
Zährliche Heilungen. Eine Probe gratis.
Preis 25 Mark.
F. Müller, Köhler, Bremen,
Große Krummenstraße 23.
Sprechstunden: 9 bis 10 und 3 bis 4 Uhr

Ich bestelle hiermit Exemplar der

„Schlesischen Arbeiter-Zeitung“

Organ der kommunistischen Partei Deutschlands.
(Selbst der kommunistischen Internationale.)
Erscheint täglich mit Ausnahme des Montags.
Abonnementspreis frei Haus monatlich 6.10 RM., wöchentlich 1.50 RM.

Name: _____
Beruf: _____
Ort: _____
Straße und Hausnummer: _____